

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-73329](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-73329)

(Zernsprecher Nr. 5.)

Nr. 182

Westerfede, Donnerstag den 7. August 1919.

59. Jahrgang.

Nachdem ich einen Bismarck voll zu machen, will der
König sich mit der Realisirung des Versailles' Friedens-
vertrages durchs nicht beelen. Der Kaiser arbeitet
bereits mit dem Schrey der ersten Rills, die
in Europa entstehen müssen, wenn der Senat die not-
wendige Beschlußfassung noch länger hinausschiebe. Die
Senatoren denken aber in erster Reihe an Amerika und
dann noch lange nicht an Europa, und der Gedanke einer
dauernden Bindung an England und Frankreich ist
im ganzen Lande so unvollständig, daß sie sich wohl
überlegen, ob sie am leichtesten den inneren Drängen
Krieg noch vermehren sollten. Und wenn der Kaiser
in London in Paris verpöndelt hat, so ist man in
Washington nicht weniger ungenug, um deshalb wichtige
Entscheidungen des eigenen Reiches hinauszustellen, zumal auch
die letzten Erfahrungen aus dem Verhältnissen unter-
geordnet, die den Amerikanern nicht gerade sehr Bundesgenossen-
schaften als ermunternd erweisen lassen dürfen. Jedemfalls
bekommen auch sie jetzt den Nachschlag des Krieges zu
spüren, über den sie sich wohl im Grunde genommen er-
haben dürfen. Aber sie sind doch auch nur Menschen,
hauigen, und gleiche Ursachen haben auf dieser Erde
immer noch gleiche Wirkungen als Folge gehabt.

Wie weiter aus Budapest gemeldet wird, ist die künftige Bezeichnung des ungarischen Staates: „Ungarische Volksrepublik“. Die Bezeichnung der Regierung: „Regierung der ungarischen Volksrepublik“. Es wurde vollständige Amnestie für politische Delikte, die während der Herrschaft der Habsburgerregierung begangen wurden, erlassen.

Clemenceau hat die neuen Machtthaber in Budapest wissen lassen, daß der Rat der Verbündeten werde Rumänen nur erlauben, seine Truppen an den Grenzen zum Stillstande zu bringen, die sie gegenwärtig infolge der Angriffe besetzt haben, aber er werde Rumänien nicht erlauben, die Truppen bis zu der am 13. Juni geschlossenen Linie zurückzuziehen, er nicht die neue Budapestler Regierung sich den Waffenstillstandsbedingungen fiktiv unterwerfen habe. Die Verbündeten wollten die Faten der ungarischen Regierung abwarten und hoffen, daß die neue Regierung ihre Verpflichtungen erfüllen, das ungarische Volk vertreten und den Zeitpunkt der Wiederherstellung des Friedens und der Wiederaufnahme der regelmäßigen wirtschaftlichen Beziehungen beschleunigen werde. — Die Budapestler Regierung ist anscheinend gewillt, sich den Forderungen der Entente zu unterwerfen, nur wird gewünscht, daß Budapest nicht von den Rumänen, sondern durch andere Entensetypen besetzt werden möge.

In Paris entschied sich jetzt auch das Schicksal Bulgariens. Der Rat der fünf hat bereits die neuen Dn- und Eidgeirren des Landes und die an Rumänien, Serbien und Griechenland zu zahlende Kriegsentwädigung festgelegt. Diese beträgt nicht, wie zuerst gemeldet worden ist, fünf, sondern „nur“ drei Milliarden. Bezüglich der bulgarischen Grenzen hat sich der Rat der fünf auf einen Kompromiss geeinigt. Danach erhält Bulgarien einen Ausgang zum gäischen Meer, während das ganze westliche Trazian an Griechenland übergeht. Der Rat der fünf hat diese Entscheidung erst getroffen, nachdem Italien seinen Widerstand ausgebeugt hatte. Welter erhrt man, daß alle färberischen Gebietsansprüche gebilligt worden seien, und daß die Dobruia Rumänien zugesprochen wurde. Da die endgültigen Entscheidungen jedoch noch nicht vorliegen, und da namentlich nähere Angaben über den Verlauf der selbst-bulgarischen Grenze fehlen, wird man mit der Bildung eines bestimmten Urtheils sich enthalten. Der Rat befondertens festsetzen wird man darauf warten, ob der Rat der fünf über die griechischen und selbsthnigen Trazian und Mazedonien entschieden wird. Trazian und Mazedonien sind die heft umstrittenen Länder; in beiden sind Bewegungen für Selbstbestimmung und Selbsthndigkeit an derreuten, und die bulgarische Regierung hat frztlich in einer Denkschrift den gründlichsten Standpunkt vertreten, daß die genannten Balkanverhltnisse nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen geregelt werden sollten. So könnte der Balkan am besten zur Ruhe kommen.

+ Neue Mitglieder der Nationalversammlung.
 Durch Verbeerdung des Geheimen Justizrates Schulz
 von Lönker und des Staatsanwaltsrates Schulz
 von Berg in zweimonatigen unter geachteten
 Verweil nach Verlauf der Monate für die
 Nationalversammlung best. Beifall Landesversammlung.
 An Stelle des erhenen tritt die Vorsteherin des
 Gewerbevereins der Seimarbeiterinnen und des Nationalen
 Frauenbundes Frau Ue. Heinrichs-Volen. An Stelle
 des zweiten die Fabrikpfeigerin Martha Bieglert in Volen.
 + Sindenburg für Ludendorff. Generalfeldmarschal

→ Großdeutsche Vereinigung im neuen Polen. Die Bildung einer Deutschen Partei für die abzutretenden Gebiete des Reichs. Nachtreffens in der von den Landesherren gebildeten Reichsnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, den Deutschen Volksräden der abzutretenden Teile dieser Provinzen und der Deutschen Vereinigung in Bromberg beschlossen worden. Die Deutsche Partei¹² will alle Deutschen in den abzutretenden Teilen Polens¹³ und Westpreussens ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu den bisherigen deutschen Parteien zu dem Zwecke zusammenfassen, das Deutschtum in den an Polen gelangenden Teilen dieser drei Provinzen zu erhalten und die Interessen aller Deutschen zu wahren. Die Hauptgeschäftsstellen haben sich in Bromberg und Graudenz.

x Lenin und Trotski vor der Flucht. Meldungen aus Moskau besagen, daß auch Lenin und Trotski das Verharmen ihres Endes fühlen und bereits Vorbereitungen für die Flucht aus Rußland getroffen haben. Es wird nicht sicher angenommen, daß die Entscheidung am Dnestz nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Der Internationale Gewerkschaftskongress nahm eine Entschließung zum Völkerbund an, in der erklärt wird, daß der Völkerbund auf dem Willen und der Mitwirkung aller Völker begründet sein müsse. Es dürfe nicht mehr von Männern, die die Völker mit Gewalt ihre Sonderbestrebungen verfolgen. Der Völkerbund müsse in einer Rechtsgemeinschaft aufgebaut werden, die von dem Druck der einzelnen Regierungen befreit sei.

» Die Türen lassen sich nicht verriegeln. Die Konvention einer türkischen Armee in Stärke von etwa 60.000 Mann um Trenezind, der Basis der englischen Expedition, hat großen Eindruck auf die Pariser Konferenz gemacht. Die türkische Frage ist in den letzten Tagen wieder in ein geläutertes Stadium getreten. Die Konferenz drängt auf eine Erklärung, ob Amerika das Mandat der Konstantinopel und Mostolen übernehmen will. Die Lage wird in Paris als sehr ernst bezeichnet. Hamid Pascha, der sich Dictator der nationalen Verteidigung nennt, erklärte, mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen die alliierten Truppen in Kleinasien angreifen zu wollen. Die englischen Truppen sind natürlich dieser Übermacht gegenüber in Gefahr.

München. Die Innsbruckerblätter melden, wurde der mährischer Sportkassenhörer Max Leuten am Dienner von tschechischen Grenzpatrouillen verhaftet.



 Landesbibliothek Oldenburg

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, den 6. August 1919.

—) Wetterausichten für Donnerstag den 7. August: Vormittag wolfig, kühl, schwache nordwestliche Winde, noch ständige Niederschläge.

—) Nach immer geht das Gerücht, daß Militär- und Kriegervereine in den angenehmen Friedensbedingungen verboten werden. Das entspricht aber keineswegs den Tatsachen. In dem Artikel 177 der Friedensbedingungen heißt es: „Eziehungsanstalten, Universitäten, Kriegervereine, Schieß-, Sport- oder Wanderverbindungen und überhaupt Vereinigungen jeglicher Art und wie alt auch immer ihre Mitglieder sein mögen, dürfen sich mit keinerlei militärischen Dingen beschäftigen. Insbesondere ist es ihnen verboten, ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Waffen zu unterrichten oder auszubilden zu lassen. Wo ist in dem Vorstehenden auch nur ein Wort über Auflösung der Kriegervereine gesagt?

—) Dem kürzlich herausgegebenen Verwaltungsbericht der Berufsgenossenschaft Oldenburger Landwirte für das Jahr 1918 entnehmen wir folgendes: Mit dem Rechnungsjahre 1918 beendigte die Genossenschaft das 30. Jahr ihrer Tätigkeit. Am 31. Dezember 1918 waren im ganzen 27 762 Unfälle zur Anzeige gebracht. Davon entfielen 399 auf das Jahr 1918. Innerhalb desselben brachten die Monate August und Dezember die meisten Anmeldungen. Die Zahl der zum erstenmal entschädigten Unfälle betrug 167 gegen 250, 213 und 198 in den Vorjahren. Davon entfielen auf das Amt Westerstede 12. (Gemeinde Westerstede 5, Zwischenamt 2, Apen 4 und Gesecht 1.) Als Ursachen der Unfälle wurden 42 Abhilfe von Leitern, Treppen, aus Kuten usw. ermittelt, während 45 Unfälle durch Fuhrwerk und 32 durch Tiere entstanden. Motore und Transmissionen verursachten 17 Unfälle. — An Entschädigungen wurden insgesamt gezahlt 250 149,89 Mark. Die Gesamtsumme aller Entschädigungen seit dem Jahre 1889 betrug am 31. Dezember 1918 5391 774,90 Mark. — Im Jahre 1918 waren 35511 Betriebe verzeichnet. Hier von entfielen auf das Amt Westerstede 3337 (Gemeinde Westerstede 1130, Zwischenamt 825, Apen 727 und Gemeinde Gesecht 655). — Wegen unterlassener Betriebsanmeldung und Beitragsentziehung wurde im Jahre 1908 in einem Falle 86 Mark Buße erkannt.

□ Lebensmittelpakete aus dem Ausland. In welken Preisen der Bevölkerung zahlreicher Städte Deutschlands herrscht mangelndes Vertrauen darüber, daß auch heute noch die Behörden private Lebensmittelpakete aus dem Ausland nicht anstandslos auszuliefern, sondern auf Formalitäten achten, die nicht nur die Auslieferung der Lebensmittelpakete erschweren, sondern unter Umständen die gesamten Lebensmittel dem Verderben ausliefern. Man sollte meinen, daß selbst auf die Gefahr hin, daß irgendeine Vorrichtung überlistet wird, es unter Umständen dringend notwendig ist, solche Sendungen unverzüglich an die Empfänger auszuliefern. Wir können es uns heute noch nicht leisten, daß nur damit dem Wohlstand des Gelezes Genüge geschieht, Lebensmittel verderben, dem rechtlichen Empfänger werden sie vorzuziehen, und andern können sie, weil sie verderben sind, auch nicht mehr zugewendet werden. Selten wird doch froh, daß ein Teil unserer Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich besser zu verpflegen, ohne daß die Allgemeinheit darunter leidet, denn so viel ist doch sicher, daß die Sendungen einfach unterzuleisten, wenn die Personen, denen sie zugedacht sind, sie nicht ausbezahlt bekommen, weil kein Mensch ein unmittelbares

Interesse daran haben dürfte, ihm unbekannte Personen zu versorgen. Gehoben wird mit der peinlich genauen Handhabung der Einfuhrvorschriften keinem, wohl aber manchem Schaden ausgeliefert. Außerdem würden solche Bräutchenbindungen doch zum Abbau des Schleichhandels nicht unwesentlich beitragen. Besteht die Möglichkeit, einzusehen nach den langen Hungerjahren eine bessere Versorgung zu verschaffen, so sollte man sie in den Betracht kommenden Personen unter allen Umständen lassen. Weisen wir doch immer wieder durch Schrift und Bild auf die Unterernährung, besonders der Kinder, hin, und auf der andern Seite tut die Regierung durch strikte Einfuhrung von an sich natürlich gewöhnlichen Vorschriften alles Mögliche, eine Abhilfe zu verhindern. Die Forderung des Tages sollte sein: private Lebensmittelpakete, sofern sie nachgewiesenermaßen nur dem persönlichen Verbrauch und nicht dem Handel zugeführt werden, mit aller Beschleunigung dem Empfänger auszuliefern.

□ Die Einschließung des Notgeldes. Da fast alle deutschen Gemeinden während des Krieges Notgeld ausgegeben haben, ist die Art der Einschließung dieser Notgeldscheine von allgemeinem Interesse. Man hört nun vielfach Klagen über das Verhalten der Gemeinden bei Einschließung ihres Notgeldes. Manche Gemeinden haben die Einschließungsschrift bereits als geschlossen erklärt und lehnen weitere Einschließung ab. Diese Handlungsweise wird in dem Nachrichtenblatt des Deutschen Sparkassenverbandes scharf getadelt. Es sind sicher noch von allen Notgeldarten größere oder kleinere Beträge im Besitz des Publikums. Wenn jetzt die Einschließung abgelehnt wird, sind sie wertlos und das Publikum hat einen Verlust, während die Gemeinden, die das Notgeld ausgegeben haben, einen unerschöpflichen Gewinn haben. Ob die Gemeinden überhaupt ein Recht haben, von einem bestimmten Termin an die Einschließung abzulehnen, kann in manchen Fällen zweifelhaft sein, wenigstens dann, wenn diese Termine nicht auf dem Notgeld ausgedruckt ist. Aber auch in diesem Falle kann das Recht der Gemeinden zweifelhaft sein, wenn sie sich nicht an den festgesetzten Termin gehalten, sondern ihn verschieben. Auf alle Fälle aber ist ein solches Verhalten unbillig. Die Gemeinden haben doch gutes Geld für ihr Notgeld bekommen und handeln nicht anders als ein Schuldner, der sich auf die Einrede der Verjährung beruft. Die Gemeinden sollten dafür sorgen, daß ihre Bürger nicht durch eine solche Notstandsmaßnahme zu Schaden kommen. Die Geschädigten sind vorwiegend die „kleinen Leute“, die weniger geschäftsfähig sind. Es liegt noch viel Notgeld in sicherer Verwahrung, ohne daß die Besitzer daran denken, daß es Notgeld ist. Es lassen sich vielerlei Fälle denken, in denen jemand ganz ohne Schuld die Einschließung noch nicht bemerkt hat. Natürlich muß das Notgeld aus dem Verkehr gezogen werden, aber es ist nicht einzuwenden, weshalb Nachzügler, die die Einschließung nicht zu einer bestimmten Zeit bemerken, nicht selbst noch nach der Verjährung Veranlassung finden sollen.

□ Bad Zwischenahn. „Hier wagt der Rogg“, hier wagt der Weet, hier wagt man jeder Frucht.“ So sagt Wilhelm Geiler. Wenn man jetzt übers Feld geht, findet man, daß sein Ausspruch, der eine Zeilang nicht mehr gelten konnte, wieder zur Wahrheit geworden ist. Überall steht man Weizenfelder, überall wieder Flachs, überall Delikatessen, da ist sogar manches hinzugekommen, das man früher nicht kannte. An Wäldern kommt man vorbei, Zäunereien werden angepflanzt. Als Futterpflanzen sind Cerabellen und Komfien anzutreffen, die unsere Vorfahren nicht gekannt waren und so manches andere hat sich neu eingestellt. Nur mit dem Hopfen ist es ein wenig vorbei, beim ammerländischen Bauernhaus der einzige Hopfgarten. Hans kennt man ebenfalls nicht mehr.

—(b) Oldenburg, 5. August. Unsere städtische Polizei entwickelt in der letzten Zeit eine rege Tätigkeit zur Verhaftung der Schleichhändler. Der Wagen eines

Landmannes wurde angehalten, auf dem unter frischem Gras ein frisch geschlachtetes Rind versteckt lag, das einem Hotelbesitzer ausgeliefert werden sollte. Das Fleisch wurde beschlagnahmt, ebenso 14 Pfund Kalbfleisch und 6 Pfund Butter, ferner 4000 Zigaretten. Die Täter wurden verhaftet.

—w Bremen, 4. August. Die Rettungsstation Hornumel der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 2. August von einem abgetriebenen Ruderboot 5 Personen gerettet durch Rettungsboot Meta Hartmann der Station.

—w Berlin, 5. Aug. In den Kalivierern Deutschlands nimmt der Streik weitere Ausdehnung an. Es streiken, wie berichtet wird, etwa Zweidrittel aller Werke, darunter 30 fiskalische.

Letzte Drahtnachrichten.

—w Berlin, 6. August. Die drei Hauptkäufer des Raubverdrugs auf den türkischen Zimelshändler Leon, bei dem den Räubern 122 000 Mark bares Geld in die Hände fielen, sind verhaftet worden. Der eine Täter, der türkische Oberleutnant Elb Schmitt, wurde in einem Gasthof in Hof in Bayern verhaftet, der zweite, ein Bruder Schmitts, der Kaufmann ist, wurde in Hamburg ermittelt, als er sich gerade mit der türkischen Kolonie einschiffen wollte, der dritte, der türkische Kommissionsrat Kılıç, wurde in Mannheim festgenommen. Es fehlt nur noch der türkische Oberleutnant Mour. Im Besitz der Verhafteten wurden im ganzen noch 60 000 Mark gefunden und beschlagnahmt.

—w Wien, 6. August. Nach Meldung des Salzburger Korrespondenzbüros ist es gestern und heute in Triest zu Zusammenstößen zwischen slowenischen Sozialisten einerseits und italienischen Karabinieri und Nationalisten andererseits gekommen. Es gab mehrere Tote und Verwundete. Die sozialistischen Vertrauensmänner wurden verhaftet.

—* Bukarest, 5. August. Der Heeresbericht des rumänischen Hauptquartiers meldet: Aus strategischen Gründen wurde die Belegung von Budapest durch unsere Truppen durchgeführt. Mit der Belegung der Hauptstadt wird auch ganz Ungarn von uns besetzt und ist das Land als besetztes Gebiet zu betrachten. König Ferdinand wird morgen nach Budapest abreisen.

—w Wien, 6. August. Die Blätter melden aus Budapest vollkommen Ruhe. Früher wurde unter Trommelschlag verkündet, daß innerhalb zweier Stunden alle Waffen abgeliefert werden müßten. Die Belegung wurde vorläufig durch 3 Divisionen vorgenommen.

Die „Ang. Post“ meldet: Die Gerüchte über Ausschreitungen des rumänischen Militärs bewahrheiten sich. Die rumänischen Soldaten verüben in Vororten von Budapest viele Gewalttaten. Sie geprügeln beim geringsten Zwischenfall Schutzpersonen. In Juglo, in einem von Arbeitern bewohnten Viertel, sperrte rumänisches Militär um 8 Uhr abends die Hauptstraße ab. Die Arbeiter, die um diese Zeit aus der Fabrik nach Hause gehen wollten, wurden nicht durchgelassen. Als einige Arbeiter versuchten, die Hauptstraße zu überschreiten, wurden sie durch Gewehrfeuer getötet. Die Zahl der Toten konnte nicht festgestellt werden, da die Rumänen niemand zu den Leichen ließen.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Eilers in Westerstede. Druck und Verlag von Eberhard Ries in Westerstede.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Amt Westerstede.

Westerstede, den 5. August 1919.

Das Amt weißt auf die folgenden Bestimmungen der Reichsgetreideordnung hin:

Der Verkauf von Brotgetreide oder Gerste auf dem Markt ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Amtsvorstandes verboten. Unter dies Verbot fallen auch Veräußerungen im Wege der freiwilligen Versteigerung, sowie Pacht-, Miet- und sonstige Verträge, die eine Umgehung des Verbots bezwecken.

Zwangsverhandlungen werden gemäß §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder einer Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft.

Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß Verträge über Lieferung von Hafer aus der Ernte 1919 vor dem 16. August 1919 nach § 133b der Reichsgetreideordnung nicht abgeschlossen werden dürfen. Zwangsverhandlungen werden nach §§ 80 und 81 mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder einer Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft.

Solche Verträge sind zudem nichtig.

S. W. Dr. Rabeling.

Amt Westerstede.

Westerstede, den 2. August 1919.

Nach einer Bekanntmachung des Reichswehrministers vom 15. 7. 19 tritt die Bekanntmachung der Kriegszustoffabteilung Nr. 3. R. 160/2. 19. R. R. W. betr. Höchstpreise für Weiden, Weidenböden, Weidenstämme, Weidenstrauch, Weidenabfall und Kopfenweiden vom 8. Februar 1919 außer Kraft.

S. W. Dr. Rabeling.

Der Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln aus der Ernte 1919 beträgt vom 10. d. M. an 10 Mark und vom 16. d. M. an 8 Mark für den Zentner.

Oldenburg, den 5. August 1919.

Landesstatistikstelle. Verwaltungsabteilung. Wilm. S.

Die Mitglieder des Gemeinderats werden auf Sonnabend den 9. August 1919, nachmittags 5 Uhr,

nach Behrens Gasthof in Apen zusammenberufen. Tagesordnung: 1. Vergütung des Baues einer Brücke über die Süderbäke in Espern; 2. Bericht der Wegekommission; 3. Eventuelle Anschaffung von Wägen; 4. Verschiedene Gesuche; 5. Sonstiges.

Apen, den 2. August 1919.

Der Gemeindevorsteher: Ralkuhl

Immobilien-Verkauf.

(Lehler Termin.)

Landmann Friedr. Thien in Moorburg läßt Freitag den 8. August, nachm. 4 Uhr, in Willers Gasthaus zu Moorburg seine daselbst nahe an der Chaussee gelegene

Landstelle,

bestehend aus dem gut erhaltenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude und 40 Scheffellast Garten-, Bau- und Weidenland, nebst

mit Antritt auf Mal n. bezw. der Ländereien Herbst d. 3. zum dritten und letzten Male öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen.

In diesem Termin wird voraussichtlich sofort der Zuschlag erfolgen.

Westerstede.

G. Koch, Aufst.

Gesucht auf November d. 38. eine

Wohnung

mit Land in Westerstede oder Umgebung.

Herm. Hanenkamp.

Karloffel = Quetschmaschinen, Körbe, Reibmaschinen, Forsten

Hermann Kramer, Bokel.

Zu verkaufen ein Grammophon mit 13 Platten.

Otto Cordes, b. Georg Janßen, Bokel.

Zu verkaufen 1 sehr gut erhaltenes Sofa und 1 Tisch.

Näheres bei H. Hanenkamp.

Eidgenossenschaft. Zu verkaufen ein schweres, zugfestes

Arbeitspferd.

Ww. Brückmann.

Kaufe jedes Quantum Alkerpörgel

und zahle hohen Preis.

Die Baumann.

Schmelze, Deisen, Kesselföhen, Ofenrohre, Bogenknie

Herm. Kramer, Bokel.

Habe Zementkalk

(Sacklast)

wieder auf Lager und kann davon noch abgeben.

Heinr. Meynen, Holz- u. Baumaterialienhändler.

Für Häute und Felle, Lumpen, altes Eisen, sowie sämtliche Produkte

zähle die höchsten Preise.

Jul. Hoffmann.

Geld in jeder Höhe monatlich Rückzahlung

verleihen sofort

H. Blume & Co., Hamburg 5.

Weißer Oberkirchener Sandstein- Gossensteine

hat preiswert abzugeben

Aug. Hinrichs, Westerstede.

Kubhülle Döhl.

1 Prozent Nachschuß der Versicherungssumme ist bis zum 15. August zu entrichten.

Der Vorstand.

F. Neemann

Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,02 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanfragen und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einpaltige Kleinzeile (ober deren Raum) für Auftragsgeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Hfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Hfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile.

Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Unrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 183

Westerheide, Freitag den 8. August 1919.

59. Jahrgang.

Über alles die Partei!

Wie lang, ach gar lang ist es her, daß der Wahlkampf: „Ach kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ als einmütiger Ausdruck der öffentlichen Meinung begehrten Widerhall in allen Teilen des Reiches auslöste. Den Ausgang des Krieges erlebte das deutsche Volk in einer Bestimmtheit ohnegleichen, und heute kennen wir fast nur noch Parteien im lieben deutschen Vaterlande, keine Deutschen mehr. Man konnte eine Zeitung vielleicht annehmen, daß diese überflüssige Verbindung bald wieder ruhigerer Einsicht weichen werde, aber auch heute noch, wo die Rinderkrankheiten der Landwirtschaft doch eigentlich schon überwunden sein könnten, sind feinerlei Anzeichen einer nahenden Besserung zu erkennen — im Gegenteil müssen wir jetzt sogar erleben, daß selbst die Frage der Verteilung unter Kriegseingesetzten unter ausgetrockneten parteipolitischen Gesichtspunkten in der Öffentlichkeit behandelt wird. Wie diese Wahrnehmung die Schmach unserer Sitten und Bräuer in den englisch-französischen Gesandenenlagern nach endlicher Milderung in die Heimat fliegen und befrachten wird!

Nein, wir sind unverbesserlich; dieses Schuldbefundnis dürfen wir ruhig ablegen. Da kommen in Bromberg die Vertreter der deutschen Volksräte für Polen und Westpreußen zusammen und besprechen die Gründung einer deutschen Partei für die an Polen abzutretenden Teile dieser beiden Provinzen. Man wird in dem neuen Volksrat eine Minderheit bilden und will und muß sich deshalb auf bestimmte nationale Hauptforderungen beschränken: Erhaltung des Deutschseins, seiner Sprache und Schule, seiner Sitten und Gebräuche, seiner fortschrittlichen Weltanschauung, seines gesunden Lebenswillens. Den Luxus fünf- oder sechshundert Parteischriften darf man aus der Vergangenheit nicht in die neue Staatsfreiheit mit hinübernehmen — die Polen sind mit eigenen Parteien hinreichend versehen, in dieser Beziehung brauchen sie von uns nichts mehr zu lernen. Aber die Gegenüber, die unsere Diktator bisher in verschiedene feindliche Lager spalteten, verfielen hinter dem Vorwand, der sich in Wäldern für sie schlugen wird, sie werden ihre Augen schon fast nach Berlin und Weimar nach Polen und Bessarabien zu richten haben, und wenn sie dort auch nur ein wenig Gehör finden wollen mit ihren deutschen Forderungen und Wünschen, dann müssen sie einig sein und bleiben, wie es die Polen in den jetzt von ihnen überlebenden Kämpfen gemeint sind. So mahnt denn auch der Aufruf an die Diktator, der in diesen Tagen veröffentlicht wurde, abzulaufen von dem Kampf gegen und untereinander und alles, was deutsch ist, auszuscheiden in eine große deutschen Partei, die von der politischen Regierung alle die Zugeständnisse eritreiten soll, auf die eine so hochstehende Kulturration wie die untrügliche auch im Rahmen eines fremden Staates unbedingt Anspruch erheben muß. Die deutschnationale und die deutsche Volkspartei traten mit ihren Organisationen der neuen deutschen Sammelungs-partei bereits bei und erklären sich auch bereit, ihre Werbungsarbeit zu unterbreiten. Die Demokraten und die Sozialisten konnten sich dazu nicht entschließen, sie betonten die Gründung der neuen Partei ginge von den rechtslebenden Kreisen der Diktatur aus, sie scheinen eine Weile gehen zu wollen. Sollte sich nicht ein Weg finden lassen, diese Gegenüber zu vereinbaren? Gehen hier Demokraten und Sozialisten Hand in Hand, so trauen sie sich an anderer Stelle doch wieder nicht. Eben wieder hält der ehemalige Reichsminister Gothein den Sozialdemokraten ein artiges Sündenregister vor: wie sie sich über das feierlich vereinbarte Regierungsprogramm in zahlreichen Fällen unbedenklich hinweggesetzt haben, ja wie sie gegen die Vorlagen ihrer eigenen Gesellen in der Regierung, in der Parteipresse und in den Ausschüssen der Nationalversammlung lebhaft Opposition machen und dabei die Haltung der verbundenen Demokraten beinhalten. Wie sie namentlich bei der Beratung der Steuergeetze ihre Parteinteressen über das Reichsmobil stellten, anheimelnd, weil sie die Demokratie und Zentrum für gut genug dazu hielten, sich mit allen Mitteln für die Selbsterhaltung der Finanzkraft des Reiches einzusetzen. Mit solchen sonderbaren Witzkramen möchte Herr Gothein nicht an einem Regierungsgast zu werden, der Wiederertritt der Demokraten in das Reichskabinett tut also wohl noch gute Wege. Erst die Partei und dann die übrige Welt — anders machen wir es nun einmal nicht in Deutschland. Dr. Sy.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

- Nach keine Verkehrsvereinfachungen mit dem letzten Gebiet. Von ausländischer Stelle wird darauf hingewiesen, daß die Verkehrsvereinfachungen erst nach Eintritt des endgültigen Friedenszustandes, d. h. frühestens nach Ablauf mehrerer Wochen, Geltung haben und dann sofort der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Bis dahin haben die jetzigen Bestimmungen noch volle Gültigkeit.
- Autonomie für die an Polen fallenden preussischen Gebiete. In Bessarabien ist beabsichtigt, den ehemals preussischen Gebietsanteilen Autonomie zu gewähren für Verwaltung und Gesetzgebung. Das ehemals preussische Gebiet soll für Verwaltungszwecke in drei Wojwodschaften eingeteilt werden: 1. Wojwodschaft Groß-Polen (Pro-

vinz Polen, und der ohne Volksabstimmung abzutretende Teil Oberschlesiens). 2. Wojwodschaft Preußen (West- und Ostpreußen, soweit es an Polen kommt). 3. Wojwodschaft Schlesien (der etwa durch Volksabstimmung an Polen fallende Teil Oberschlesiens). Diese drei Wojwodschaften sollen einen gemeinsamen Gerichtshof besitzen. Beim Rabinet der Republik Polen soll sich ein Minister mit Parteifunktion für dieses Gebiet befinden. An ihn müssen sich alle Minister in sämtlichen irgendwelche Wojwodschaften betreffenden Fragen wenden, wobei ihm das Recht des Veto zusteht.

• Polnischer Schwundel. Das polnische Pressebureau in Wien bringt eine Nachricht, in der gesagt ist, daß 150.000 Mann vom deutschen Grenzschutz auf Befehl in die polnische Grenze nach Oberschlesien begeben hätten, um sich dort niederzulassen. Es sei demnach beabsichtigt, die Volksabstimmung in Oberschlesien durch eine künstlich herbeigeführte Romanzierung von Arbeitern, aber auch von Angehörigen aus den gebildeten Schichten nach Oberschlesien auf ungeheuerlichem Wege in deutschem Interesse zu beeinflussen. — Es ist festzustellen, daß diese Meldung von Anfang bis zu Ende eine plumpe Erfindung ist.

• Eine lettische Gefandtschaft in Berlin. Das lettische Ministerkabinett nahm den Vorschlag des Ministers des Auswärtigen über die Errichtung einer Gefandtschaft in Berlin an. Zum Chef dieser Mission wurde W. Schreiner ernannt, der bisher Bevollmächtigter der lettischen Regierung für Flüchtlingsangelegenheiten in Deutschland war.

• Warnung vor Torheiten. Einer der in Deutschland befindlichen französischen Kommissionen sind anonyme Drohungen des Inhalts ausgegangen, daß im Falle der Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Auslieferung des Kaisers oder der von der Entente geforderten deutschen Militäre Angehörige der französischen Militärkommissionen erschossen werden sollten. Es kann nicht nachdrücklich genug auf das Verwerfliche derartiger Drohbefehle hingewiesen werden. Ihre Abwendung sollten sich bei ruhiger Überlegung klar darüber sein, daß derartige Einschüchterungsversuche nicht nur zwecklos sind und der Entente nicht nützen, sondern auch von weitgehenden verwerflichen Folgen begleitet sein können.

• Auszeichnung des Reichs-Marineministers. Das Reichs-Marineministerium erhält nach einem Erlaß des Reichspräsidenten die Bezeichnung Admiralität. Die Admiralität ist die oberste Kommando- und Verwaltungsbehörde der Reichsmarine. Die Befugnisse des früheren Staatssekretärs des Reichs-Marineministeriums gehen auf den Chef der Admiralität über, soweit nicht der Reichspräsident sich deren Ausübung vorbehält. Der Admiralität der Marine wird anbefohlen, seine Geschäfte in der Admiralität abzuwickeln.

• Wiederaufbau der rheinische Republik. In Köln fand wiederum eine Versammlung zahlreicher, aus dem ganzen Rheinland, aus Hessen, Westfalen und der Pfalz zusammengekommenen Anhänger der rheinischen Republik statt, deren Hauptergebnis die organisatorische Vereinigung der im besetzten Gebiet bestehenden und bisher getrennt arbeitenden Ausschüsse und die Schaffung eines Aktionsausschusses mit dem Sitz in Köln war. Anwesend waren die bekannten Leiter der kleineren in Köln Zentrumskreisen entlassenen Bewegung, aber auch zahlreiche Mitglieder anderer Parteien. Man wandte sich scharf gegen den Sperrfristparagrafen, der als eine Verleumdung des rheinischen Volkes bezeichnet wurde. In einer Entschließung wird die sofortige Abkündigung über die Frage der rheinischen Republik verlangt.

• Enthaltungen des Prinzen Max. Der ehemalige Reichsfürst Prinz Max hat jetzt mehrere Mitteilungen über ein Telefongespräch, das er am 8. November abends mit dem Kaiser gehabt hat. Das Gespräch dauerte ungefähr 20 Minuten und wurde vom Kaiser mit großer Anteiligkeit geführt. Er war, wie Prinz Max, erscheinend unorientiert über die Stellung der Truppen zu seiner Person, sprach von einer militärischen Expedition gegen Berlin und weigerte sich, seine Vorlesung zur Abkündigung überhaupt zu erwidern. Sollte die Oberste Seeresleitung dem Kaiser am 8. November die Wahrheit über die Armeegestaltung, die sie ihm endlich am 9. November mitteilte, so zweifle er nicht, daß der Kaiser am 8. November abends den Kronenversatz ausgedrückt hätte. Dann hätte es nach menschlichem Ermessen am 9. November in der Nacht der Reichssozialdemokraten gegeben, den größten Teil der Arbeiter in den Fabriken zurückzuführen.

• Kriegslasten-Kommission. Zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entschädigungen an die Alliierten ist durch Erlaß des Reichspräsidenten eine deutsche Kriegslasten-Kommission gebildet worden. Die Kommission hat die Aufgabe, die Verhandlungen mit der internationalen Wiedergutmachungskommission unter Verletzung des Auswärtigen Amtes zu führen und die Tätigkeit der beteiligten deutschen Behörden für die Entschädigungsleistungen zusammenzufassen.

Schweiz.

• Die Internationale Sozialistenkonferenz in Bern sprach sich einmütig gegen den Bolschewismus aus. Ein Antrag der deutschen Vertreter brachte die schärfste Lage der deutschen Kriegsgefangenen zur Sprache und

fordert namentlich die französischen Sozialisten auf, energisch zugunsten der Kriegsgefangenen bei ihrer Regierung zu intervenieren und die endliche Freigabe zu veranlassen.

• Beitritt zum Völkerbund. Der Bundesrat hat in zwei außerordentlichen Sitzungen den Text der Volksabstimmung betreffend den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund behandelt und einmütig beschlossen, bei den eidgenössischen Räten den Beitritt in Form eines Zusatzartikels zur Bundesverfassung zu beantragen.

Italien.

• Vorbildliche Eisenbahnen. Nach einem am 1. August aus Rom kommenden Telegramm haben die italienischen Eisenbahnen bedenklichen telegraphisch dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie bereit seien, täglich eine Stunde länger Dienst zu tun, um zu einer Vermehrung der nationalen Produktion beizutragen. Mitti sprach den Eisenbahnenbediensteten seine wärmste Anerkennung für das patriotische Angebot aus, das volles Verständnis für die Anforderungen der Zeit zeige.

Schweden.

• Die Eröffnung des Reichstages erfolgte durch eine Thronrede des Königs. Die Thronrede spricht die Hoffnung aus, daß die nach den Grundgesetzen unserer Verfassung reformierte erste Kammer ihren Platz in der Volksvertretung Schwedens erfüllen werde. Der Übergang von den außerordentlichen Verhältnissen der Kriegszeit in die normale Lage des Wirtschaftslebens und der Gesellschaftsarbeit, hätte die Einberufung des Reichstages notwendig gemacht. Falls der Friedensvertrag von Versailles ratifiziert sei und der Völkerbund damit in Kraft trete, werde die wichtige Frage der Stellung Schwedens dieser neuen internationalen Organisation gegenüber dem Reichstag vorgelegt werden.

China.

• Kämpfe mit den Japanern um Schantung. Nach den neuesten Mitteilungen ist es auf der Schantung-Halbinsel bereits zu Kämpfen zwischen chinesischen und japanischen Truppen gekommen. General Wu, der Befehlshaber der chinesischen Regierungstruppen auf der Schantung-Halbinsel, habe die Regierung ersucht, ihm zu gestatten, dem Einmarsch der Japaner Widerstand entgegenzusetzen. Die japanische Regierung nehme zu.

Aus In- und Ausland.

• Amsterdam. Aus Belling wird gemeldet, daß die Abgeordnetenkammer ein Gesetz angenommen hat, wodurch der Friedenszustand mit Deutschland wiederhergestellt wird. Rotterdam. Der Dampfer „St. Denis“ aus England mit 802 ver wundeten deutschen Kriegsgefangenen ist in Amsterdam eingetroffen.

• Versailles. „Antrafkaent“ als einzelnes Blatt, welches der Oberste Rat der Alliierten habe sich nicht über die Frage der militärischen Besetzung von Danzig einigen können. Danzig bleibe deshalb eine militärische Besatzung.

• Rio de Janeiro. Die Regierung ermächtigte die in Brasilien wohnenden Deutschen, wieder Einreise nach Brasilien zu betreiben und Vertretungen ins Ausland zu führen, damit sie der Zukunft vor dem Kriege wiederbegegnen.

Die Rumänen in Budapest.

Zubei der befreiten Bevölkerung.

In ganz Budapest herrscht ein ungeheurer Aufbruch, daß die Schwedensoldaten der Röhre, Sammeln und Konzentration ein Ende gefunden hat. Die Volksgewissen sind endlich unerschüttert geworden oder gelassen, selbstverständlich wie üblich, unter Wahrung der öffentlichen Äußerungen. Das gehört nun einmal zum Abschluß einer richtiggeleiteten Demokratie. Überhaupt besteht, wie die Sozialdemokraten selbst feststellen, die Terroristenbande aus höchstens hundert Individuen. Man weiß weiter, daß die Militärregierung nicht weniger als sieben Millionen solcher Vandalen binden. Stark getraut wurde die Freude der Budapestler allerdings durch den Umstand, daß die Rumänen unter Druck ihres ursprünglich geneigten Vorprekars nun doch in die Stadt einmarchiert sind und plündern und hehlen, was die Volkswirtschaft noch übrig gelassen haben. Man erwartet übrigens auch nach dem Einzug von Rumänen, der die Abreise hat, an der Spitze einer „regredierten“ Armee feierlichen Einzug in Budapest zu halten.

Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung.

Die gegenständliche Regierung hat beschlossen, daß durch die Regierung sofortig herausgegebenen Wahlrechtsgezes nahezu unverändert aufrechtzuerhalten und die Wahlen für die verfassunggebende Nationalversammlung unverzüglich auszusprechen. Im übrigen rechnet man hinsichtlich mit dem Austritt der jetzigen Regierung und ihrer Neubildung auf breiter Basis unter Voraussetzung bürgerlicher Politik. Die Neubildung wird voraussichtlich nach Graf Julius Andrássy übernehmen.

Das Durcheinander in Budapest.

Wien. Die Parteien in Budapest haben noch keinen gemeinsamen Namen aus dem Wintern gefunden, auch mit der gegenwärtigen Regierung kam eine Einigung nicht zustande. Zur Bildung der Rumänen sind englische und französische Truppen im Anmarsch auf Budapest.

